

Die Angst vor einem Abriss weicht der Aufbruchstimmung

Biel/Nidau Entlang der Autobahnstrecke hätten zahlreiche Gebäude weichen müssen. Nach Jahren der Unsicherheit atmen viele Mieter und Hausbesitzerinnen auf: Der Enteignungsbann wird aufgehoben, es beginnt ein neues Kapitel.

Deborah Balmer

Seit vier Jahrzehnten lebt die heute 74-jährige Erna Müller an der Gurnigelstrasse 23 in der gleichen Wohnung. Das Mehrfamilienhaus liegt direkt an der Grenze zwischen den Gemeinden Biel und Nidau. In ihrem Wohnzimmer sticht das grosse Bücherregal ins Auge, der Boden ist bedeckt mit dicken Teppichen – Besuchern wird schnell klar, hier hat jemand ein halbes Leben verbracht.

Über all die Zeit habe sie sich nicht nur in der Stadt und Region, sondern auch in ihren vier Wänden stets daheim gefühlt, es habe nie einen Grund gegeben, etwas anderes zu suchen, sagt die Mieterin und gelernte Physiotherapeutin. Nicht einmal, als in den letzten Jahren der Abriss des ganzen Hauses drohte, hat sie sich nach einer neuen Bleibe umgeschaut.

Im Quartier, in dem Erna Müller wohnt, seit sie Anfang der 80er-Jahre aus dem Kanton Aargau nach Biel zog, sollte der Autobahnanschluss «Bienne Centre» zu liegen kommen. Ein umstrittener und gigantischer Anschluss: 18 Meter tief, 270 Meter lang und 45 Meter breit. Aus Sicherheitsgründen sollte er sogar offenbleiben. Als belebte Lärm-schutzwände hätten hohe Bürokomplexe gedient. So war es vorgesehen und eigentlich eine bereits beschlossene Sache. Auf der geplanten Autobahnstrecke hätten über 70 Gebäude dem Westast weichen müssen. Darunter der alte Schlachthof, die Fabrik Marcel Aubert AG, ein Teil der Schule für Gestaltung und eine private Maschinenfabrik.

Erfreuliche Post vom Bund

Hausbesitzer, die ihre Gebäude nicht freiwillig dem Kanton oder dem Bund verkaufen wollten, drohte die Enteignung. Diese ist dann möglich, wenn ein Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Teils des Landes vorliegt. Etwa beim Bau von Nationalstrassen, also auch beim Westast. Einige Eigentümer sind in den letzten Jahren auf das Kaufangebot eingestiegen.

Als Erna Müller Ende letzter Woche den Brief des Bundesamts für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation in den Händen hielt, konnte sie ihr Glück kaum fassen: Das Ausführungsprojekt Bieler Westast werde definitiv abgeschrieben, stand da. Der Enteignungsbann werde Mitte Februar aufgehoben, wenn nicht noch Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht wird. Erhalten haben die Post alle Einsprecher gegen das Autobahnprojekt, zu denen auch Erna Müller zählt. «Ich musste die erfreuliche Nachricht zuerst einmal sacken lassen», sagt sie und wirkt sichtlich berührt dabei.

Schlüsselerlebnis in ihrem persönlichen Kampf gegen das «Autobahn-Monster», wie es die Gegner nennen, war ein Informationsanlass zum Westast, an dem Vertreter von Bund und Kanton die Bewohnerinnen und Bewohner des Gurnigelquartiers über das Autobahnprojekt informierten. «An diesem Abend wurde nicht auf unsere Fragen und Anliegen eingegangen, die Hoffnung schwand», sagt Erna Müller. Einige hätten auf dem Heimweg dann auch gesagt, das sei wohl eine definitive Sache, die Autobahn werde gebaut und Widerstand sei zwecklos.

Gleichzeitig begann danach die Opposition gegen die Autobahn. Zuerst nur im Kleinen in Form der Gruppe «Westast – so nicht!». Doch die Gruppierung wurde immer grösser. «Wir hatten noch ein letztes Fünkchen Hoffnung, darauf bauten wir auf», sagt sie, an deren Balkon lange ein Plakat mit dem Schriftzug «Stopp A5-Westast!» hing. Sie war dabei, als der erste Velomob (Critical



Wehrte sich gegen den Westast: Erna Müller wollte ihre Wohnung an der Gurnigelstrasse nicht verlassen. PETER SAMUEL JAGGI

«Wir hatten noch ein letztes Fünkchen Hoffnung, darauf bauten wir.»

Erna Müller,
Mieterin an der Gurnigelstrasse

Mass) durch Biel fuhr, um darauf aufmerksam zu machen, dass es Verbesserungen braucht für den Veloverkehr, und sie war dabei, als die Gurnigelstrasse für den Verkehr gesperrt wurde und stattdessen ein langer Tisch für Autobahngegner aufgestellt wurde.

Auch wenn viele Anwohnerinnen wohl nicht mehr daran glaubten, am Ende hat sich der Kampf gelohnt. Wie für Erna Müller beginnt nun auch für viele weitere Bewohner des Gurnigelquartiers ein neues Kapitel. So wie für ihre direkten Nachbarn Marie und Paul Balmer. Auch ihr Haus mit dem schönen Garten und direktem Anstoss an die Madretsch-Schuss war während Jahren von der Autobahn bedroht. Bereits der

Grossvater von Paul Balmer liess das Haus vor 120 Jahren bauen. Seither blieb es immer im Familienbesitz. Es dürfte einer der Gründe gewesen sein, wieso sie nicht leichtfertig verkaufen wollten. Im Frühling 2017 haben die Balmers einen eingeschriebenen Brief vom Tiefbauamt des Kantons Bern erhalten. Sie erfuhren, dass ihr Haus im Zuge des Westastbaus dem Erdboden gleich gemacht wird und man enteignet werde, falls keine Einigung zustande komme.

«In all den Jahren haben wir alles getan, um die Autobahn zu verhindern», sagt Marie Balmer, die zusammen mit ihrem Mann ebenfalls Einsprachen gemacht hat und an Stadtwanderungen und Demonstrationen gegen die Auto-

bahn teilgenommen hat. Zehn Jahre lang sei man wegen der Ungewissheit praktisch blockiert gewesen, was das Haus angehe. Nun ist die Freude umso grösser: «Wir haben uns bereits eine neue Heizung bestellt», sagt Marie Balmer. Dass die Autobahn nicht komme, sei eine Erleichterung für die ganze Gegend.

Bund und Kanton im Hausbesitz

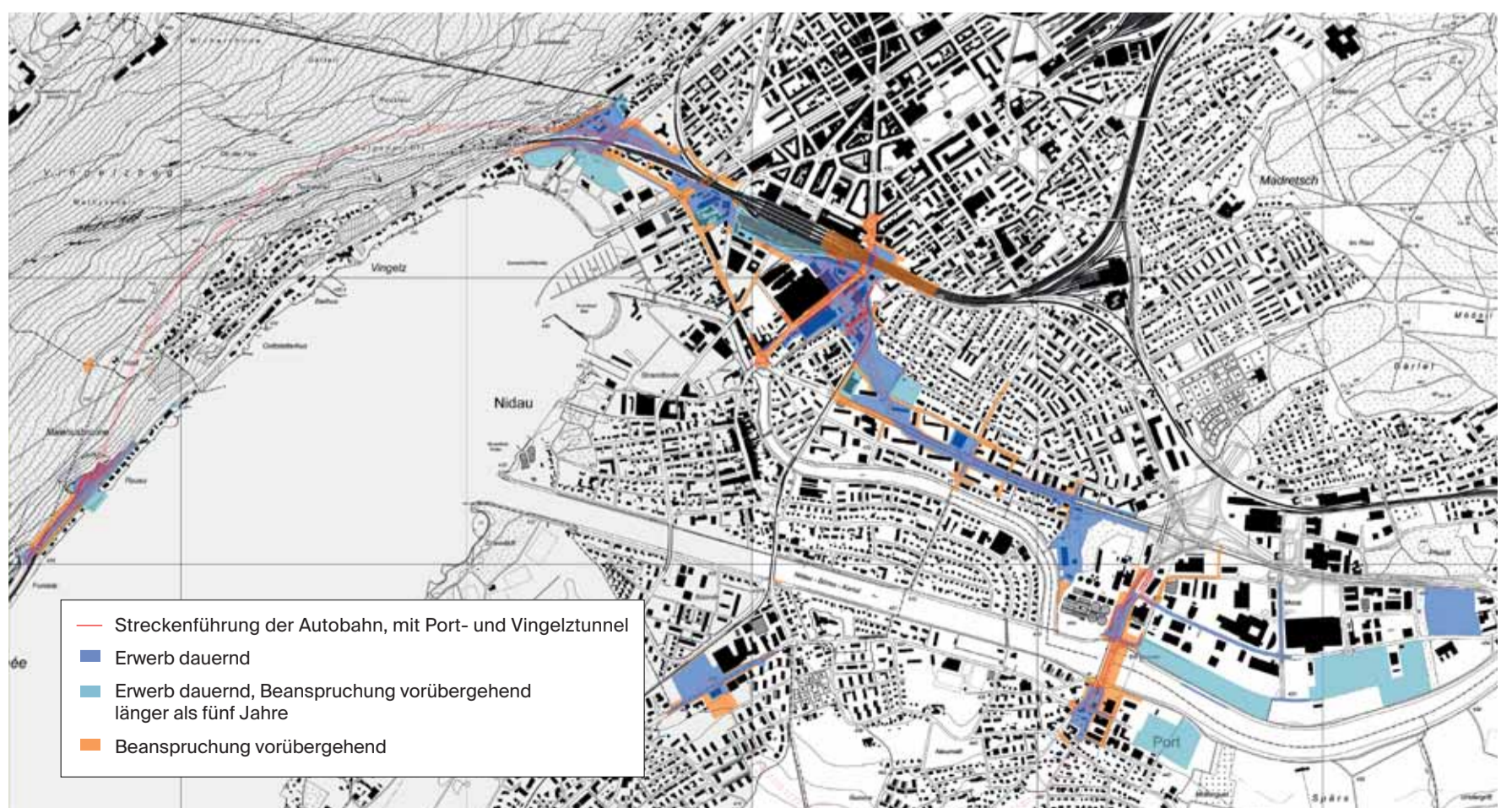
Von all den Parzellen und Häusern, die im Zuge des Autobahnbaus abgerissen und enteignet worden wären, haben der Kanton Bern und der Bund rund einen Drittel gekauft. Es soll darunter auch Hausbesitzer gegeben haben, die ein gutes Geschäft gemacht haben. Unter anderem solche, die sonst auf dem Immobilienmarkt keine Abnehmer gefunden hätten.

Laut Werner Schindler vom Tiefbauamt des Kantons haben Bund und Kanton zusammen bereits 46 Millionen Franken ausgegeben, um 17 Liegenschaften und 26 Parzellen zu erwerben, die teils unbebaut sind. Der Bund zahlte dabei jeweils 87 Prozent des Preises, der Kanton 13 Prozent. «Einige Haus- oder Landbesitzer haben sich frühzeitig nach einer anderen Lösung umgeschaut und freiwillig verkauft», sagt Werner Schindler.

Doch was passiert nun mit den erworbenen Häusern im Besitz von Kanton und Bund? «Wir haben in den letzten Jahren nichts investiert und die Mietverträge weiterlaufen lassen», sagt Schindler und ergänzt, dass man nun mit dem Bund absprechen müsse, wie es mit den Häusern weitergehe. Einige der erworbenen Immobilien werde man wohl wieder verkaufen, andere behalte man für den Eigenbedarf. Theoretisch könnten die früheren Besitzerinnen die Häuser oder das Land zurückerwerben, allerdings glaubt Schindler nicht, dass diesbezüglich ein sehr grosses Interesse besteht. Da die Häuser mit ihren Wohnungen vermietet seien, bestehe auch kein Druck, jetzt möglichst rasch zu reagieren.

Alles zum Thema Westast
www.bielertagblatt.ch/a5

Zahlreiche Gebäude und Parzellen bleiben verschont



GRAFIK: BT/ml Quelle: Tiefbauamt Kanton Bern